

bot ein Kriterium der Wahrheit der geltenden Regeln. Er kann sie beurteilen – nicht nur pragmatisch oder im Hinblick auf Nutzen oder Schaden, sondern im Hinblick auf ihre Wahrheit –, theologisch gesprochen im Hinblick darauf, ob sie zum Heil dient.

Dank dem moralischen Gebot hat der Mensch schließlich die Freiheit, die Fähigkeit und die Berechtigung zu urteilen. In summa: Dank dem moralischen Gebot gewinnt der

Mensch eine Freiheit, die ihn inmitten der Bindungen, in denen sein Leben steht, zum Souverän seiner selbst macht. Ohne das moralische Gebot hätte er weder die Distanz zum Gesetz noch ein Kriterium zu seiner Beurteilung, noch eine Vollmacht dazu. So ist der Sinn des moralischen Gebotes die Freiheit vom Gesetz, und der Sinn der Freiheit ist die Erfüllung des moralischen Gebotes.

Hermann Krings

Auf einem schwierigen Weg

Albanien nach den ersten freien Wahlen

Auch die letzte Bastion des Stalinismus in Europa ist erschüttert: Nach Jahrzehnten der äußeren Isolation und inneren Unterdrückung hat sich Albanien auf den Weg demokratischer Reformen gemacht. Vom neuen Kurs profitieren nicht zuletzt die Religionsgemeinschaften, die bis vor kurzem nur in der Illegalität wirken konnten, nachdem Albanien 1967 zum atheistischen Staat proklamiert worden war. Die ersten freien Wahlen Anfang April brachten allerdings einen Zweidrittelsieg der bisher allein bestimmenden kommunistischen Partei. Die weitere politische wie wirtschaftliche Entwicklung Albaniens ist auch deswegen unsicher.

Versucht man einen Rückblick in die jüngste Geschichte des kleinsten und vielleicht bisher unbekanntesten Balkanlandes, der Volksrepublik Albanien, lassen sich schnell Neuigkeiten entdecken, von denen vor ein paar Jahren nicht einmal die Albaner selbst hätten träumen können. Seit etwa dem Sommer letzten Jahres sorgt das Land der 3,39 Millionen Skipetaren immer häufiger für Schlagzeilen. Daß die ersten freien und pluralistischen, also demokratischen Parlamentswahlen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges am 31. März, also gerade am Oster-sonntag, stattgefunden haben, hatte auch einen symbolischen Charakter. Denn nicht nur die albanischen Katholiken konnten jetzt zum ersten Mal öffentlich und ohne jegliche Furcht die Auferstehung Jesu Christi feiern; dieser Tag bedeutete vielmehr das Wiedererwachen, ja die Neugeburt des demokratischen Lebens in ganz Albanien. Dem Wahlergebnis zufolge ist zwar die Mehrheit der Bevölkerung der Ansicht, die „Partei der Arbeit Albaniens“ (PAA) solle weiterhin die Verantwortung für die Staatsführung tragen. Nach der Mitteilung der Zentralen Wahlkommission vom 2. und 8. April haben sich 1977 139 Wähler in 5480 Wahllokalen, d. h. 98,9 Prozent, beteiligt. Dabei gingen an die PAA 168 Sitze, also 67,2 Prozent der Sitze des Parlaments. Die oppositionelle „Demokratische Partei Albaniens“ (DPA) hat 75 Mandate und damit 30 Prozent der Parlamentssitze errungen. Fünf Sitze hat die politische Organisation der griechischen Minderheit „Omonia“ und einen das „Komitee der Kriegsveteranen“ erhalten. Objektiv gesehen spielt dieser Wahlausgang

aber nur eine Nebenrolle. Es scheint viel wichtiger zu sein, daß die Bürger Albaniens nach über 40 Jahren Diktatur und totalitärer kommunistischer Alleinherrschaft ihre politische Mündigkeit wiedererlangt haben. Auch der einfachste Mensch auf der Straße soll somit wieder ernstgenommen werden, durch freie Stimmabgabe soll er über die Zukunft des Landes mitentscheiden können. Wichtig ist außerdem, daß es sich hier um erste, aber nicht um letzte demokratische Wahlen handelte und daß die oppositionellen Parteien, wenn jetzt auch tief enttäuscht, mit ihrem Drittel der Parlamentsmandate einiges in der Zukunft bewirken können. So kann man sicherlich von dem Sieg der Demokratie in Albanien trotz des Wahlsiegs der PAA sprechen.

Unter Enver Hoxha von der Außenwelt isoliert

Den Albanern am meisten geschadet hat die von den Kommunisten der Nachkriegszeit unterstützte und von ihrem Parteichef *Enver Hoxha* schrittweise durchgeführte *Isolierung ihres Landes* nicht nur von den Nachbarstaaten, sondern praktisch von der ganzen Welt. Vielleicht ist diese Abkapselung ein für (west-) europäische Augen unverständliches Phänomen; aber es läßt sich hinter den Ereignissen eine gewisse, wenn auch spezifisch „albanische Logik“ erkennen.

Jahrhundertlang hatten die Albaner *fremde Herren und Herrscher* in ihrem Hause. In dem Land an der Südostküste der Adria, zwischen Griechenland und Jugoslawien, lebten im Altertum die Illyrer, die in den meisten Geschichtsbüchern als die Vorfahren der Albaner bezeichnet werden. Bereits 230 v. Chr. eroberten die Römer das Gebiet. Im Mittelalter leisteten die Albaner heftigen Widerstand gegen die expandierenden Türken, sie wurden jedoch am 6. Juni 1389 in der Schlacht vom Amselfeld (Kosovopolje) von Sultan Murad II. besiegt. Dies bedeutete nicht nur eine politische Niederlage – das ursprünglich christliche Volk der Albaner unterlag damit auch dem Islam. Die 1878 entstandene albanische Nationalbewe-

gung bildete die Grundlage für die Aufstände zu Beginn dieses Jahrhunderts, die im Zug der Balkankriege so heftig wurden, daß das Osmanische Reich letztlich auf Albanien verzichten mußte. So wurde am 28. November 1912 von *Ismail Kemal Beg* das unabhängige Albanien ausgerufen. Diese Unabhängigkeit war jedoch nur unvollständig, denn bereits 1913 legten die europäischen Großmächte in London die Grenzen Albanien willkürlich fest. Daher kommt es auch, daß fast die Hälfte des albanischen Volkes, etwa 2,3 Millionen Menschen, auf dem Territorium des heutigen Jugoslawien – in Kosovo und in Makedonien – lebt. Es ist eine schlimme Folge dieser Aufteilung, daß die nationalen und Menschenrechte der Kosovo-Albaner seit Jahren von der serbischen Regierung mit Füßen getreten werden.

Während des Ersten Weltkrieges besetzten die Italiener Albanien. Sie konnten erst einige Jahre später aus dem Land vertrieben werden. Die internationale Staatengemeinschaft erkannte Albanien 1921 als souveränen Staat an, jedoch nur in den Grenzen von 1913. Nach inneren Kämpfen gelang es 1922 *Abmed Zogu*, mit jugoslawischer Hilfe den damaligen albanischen Präsidenten, den demokratisch gewählten orthodoxen Bischof *Fan S. Noli*, abzulösen und sich 1928 zum König zu krönen. Seiner Diktatur setzten dann italienische Truppen im Jahre 1939 ein Ende, die zum zweiten Mal Albanien besetzten und Zogu aus seinem Land vertrieben. Im Oktober 1943 wurde mit dem Einmarsch der Deutschen auch eine neue Regierung in Albanien eingesetzt. Der innere Widerstand, an dessen Spitze die von Enver Hoxha geführten albanischen Kommunisten standen, erkämpfte sich dann die langersehnte Souveränität. Am 11. Januar 1946 wurde die *Volksrepublik Albanien* ausgerufen.

Albanien erster Nachkriegspräsident Enver Hoxha charakterisierte später sein Land einmal mit folgenden Worten: „Man kann auf der Welt schwerlich ein kleines Land wie unser Albanien finden mit einem Volk wie dem albanischen, das so viel gekämpft und gewagt hat, das so viel Tapferkeit und Klugheit bewiesen hat, das sämtliche Feinde besiegt hat und mit erhobenen Haupt, frei und souverän vor die Geschichte getreten ist, das die Macht mit den eigenen Waffen errungen hat, ohne jemanden um Hilfe zu ersuchen.“ Die Unabhängigkeit hatte aber von den Nachkriegsjahren bis heute einen hohen Preis. Die gefeierten Helden der Revolution wurden im Lauf der Jahre immer mehr zu den größten Tyrannen des eigenen Volkes. Um sich an der Macht halten zu können, hoben die Kommunisten einerseits ständig „ihre“ Verdienste hervor, Freiheit und Unabhängigkeit Albanien allein erkämpft zu haben. Als Belohnung für diese „historische Leistung“ nahmen sie Privilegien in Anspruch. Um der Unzufriedenheit des Volkes vorzubeugen, die wegen ihres Anspruchs auf die Alleinherrschaft zu entstehen drohte, schufen die Kommunisten einen ca. 10 000 Mann starken Sicherheitsdienst, die sogenannte „Sigurimi“. Er sorgte für ein lückenloses Kontroll- und Überwachungsnetz, so daß jede oppositionelle Meinung bis vor kurzem

noch im Keim erstickt werden konnte und Andersdenkende zur jahrzehntelangen Gehirnwäsche in den Arbeitslagern und zu menschenunwürdigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Nach neuesten Angaben gab es elf solcher Umerziehungslager.

Um sich in den Augen des Volkes etwas attraktiver zu machen, legten sich die Kommunisten den Namen „Partei der Arbeit“ zu. Die Ideale des Sozialismus machten sie zu einer Ideologie, in deren Namen sie die gesamte Staatsführung übernahmen und dem Volk versprachen – zwar den kommunistischen, jedoch – „den Himmel auf Erden“ zu schaffen. Daß davon nicht einmal ein Bruchteil verwirklicht wurde, bezeugten gerade die Bilder und Berichte, die die Weltöffentlichkeit in den letzten Wochen aus Albanien erreichten. Das Prinzip der Gleichheit wurde konsequent durchgeführt – Privateigentum sollte nicht mehr existieren, es wurde alles verstaatlicht. Enttäuscht und unzufrieden mit der Entwicklung der sozialistischen Bruderstaaten brach der „albanische Messias“ Enver Hoxha im Laufe der Jahre jegliche Kontakte mit ihnen ab.

Der „erste atheistische Staat der Welt“

Frage man bis vor kurzem einen Schüler in irgendeiner Schule, worauf er stolz sei, kam „vorschriftsgemäß“ die Antwort: ein Albaner zu sein! Auf die Erhaltung und Pflege der albanischen Tradition wurde großer Wert gelegt. Nicht nur die Partisanenhelden, sondern auch alle anderen herausragenden Persönlichkeiten der nationalen Geschichte waren im Bewußtsein der Menschen gegenwärtig. Eine nicht unwichtige Rolle spielten dabei die Parteiideologen. Mittels eines psychologisch gut durchdachten Plans ersetzten sie erfolgreich die Wünsche der Menschen nach Freiheit, Demokratie und Religionsausübung durch einen anderen menschlichen Grundwert – durch den *Patriotismus*. Man konnte immer wieder hören oder lesen, die Vaterlandsliebe stehe über allem und das Bewußtsein, ein Albaner zu sein, bilde die Grundlage für das Weiterbestehen der albanischen Gesellschaft. Dies wurde bis zu der Behauptung gesteigert, das Albanertum sei die einzige Religion der Albaner.

Zur Krönung seines Personenkults beschloß Enver Hoxha 1967, die islamische, orthodoxe und katholische Glaubensausübung völlig abzuschaffen. Damals wurde die Volksrepublik Albanien zum ersten atheistischen – besser gesagt anti-theistischen – Staat der Welt proklamiert. Die Zeitungen verkündeten, das Volk habe spontan beschlossen, alle Kirchen und Moscheen zu schließen. Das Religionsverbot wurde in die albanische Verfassung aufgenommen, wo es bis vor kurzem im § 37 verankert war: „Der Staat erkennt keinerlei Religion an, er fördert die atheistische Propaganda, damit das Volk mit der wissenschaftlich-materialistischen Weltanschauung vertraut wird.“

Dies hatte schlimme Folgen vor allem für die Gläubigen. Allein bei den Katholiken wurden 4 Erzbischöfe, 7 Bi-

schöfe, 56 Diözesanpriester, 30 Franziskaner, 13 Jesuiten, 10 Seminaristen und 8 Nonnen in den darauf folgenden Jahren ermordet; zahlreiche Christen wie Muslime wurden ins Gefängnis geworfen oder gefoltert. Etwa 220 Kirchen und Moscheen wurden zerstört, geplündert oder bestenfalls – im Sinne der sozialistischen Errungenschaften – in Fabriken, Lagerhallen, oder eventuell in Kulturhäuser umgewandelt. Laut Statistiken von damals setzte sich die Bevölkerung vor 1967 aus 67 Prozent sunnitischen Muslimen, 19 Prozent Orthodoxen im Süden des Landes und 13 Prozent Katholiken, vorwiegend in den nördlichen Gebieten, zusammen.

Innenpolitische Kurskorrekturen unter Ramiz Alia

Den Ton in der albanischen Tagespolitik gab seit etwa sechs Jahren der heute 66jährige *Ramiz Alia* an. Der in der nordalbanischen Hafenstadt Shkodra in einer muslimischen Familie geborene Chefideologe der Hoxha-Regierung wurde nach dem Tode Enver Hoxhas im Jahre 1985 von der albanischen Volksversammlung einstimmig zu seinem Nachfolger gewählt. Daß er mit dem Hoxha-Clan familiär verbunden war, spielte dabei sicherlich eine Rolle. Wenn man aber seine politischen Auftritte analysiert, läßt sich deutlich erkennen, daß die Parlamentarier und besonders die damalige Nomenklatura genau wußten, aus welchem Grund für ihn zu votieren sei. Sie hatten sich im Laufe der Zeit von seiner Linientreue überzeugen können – Alia war bereits seit 1982 Parteichef –, so daß kein Zweifel daran bestand, daß er ihre Interessen auch weiterhin vertreten würde.

Alia hat sich jedoch kurz darauf auf den Weg der Reformen begeben und damit bei den „hardlinern“ Enttäuschung hervorgerufen. Bald darauf brachen innere Machtkämpfe in der „Partei der Arbeit“ und auch auf Regierungsebene aus. Es spielte sich zwar vieles hinter den Kulissen ab, aber immer wieder war zwischen den Zeilen des Parteiorgans „Zeri i popullit“ einiges über die Auseinandersetzungen zu lesen. Nicht zuletzt die dreimalige Regierungsumbildung während Alias Amtszeit war ein klares Zeichen dafür. Trotz des Widerstandes konnte sich Alia aber immer wieder durchsetzen. Er hat zwar nach dem Tode Enver Hoxhas vor der Volksversammlung den Eid abgelegt, weiterhin den Weg Hoxhas – also den marxistisch-leninistischen – zu befolgen und sich an seine Lehren zu halten, nahm jedoch bald besonders *innenpolitische Kurskorrekturen* vor. Von Anfang an war er um möglichst viel Popularität beim Volk und in der Partei bemüht; andererseits war es ihm wohl bewußt, daß zu rasche Schritte seinen eigenen Sturz bedeuten würden.

Bei verschiedenen Anlässen betonte er immer wieder die Einbindung Albaniens in Europa und hob hervor, sein Land brauche moderne Technologie. Für die Lösung der Wirtschaftsprobleme forderte Alia zunächst eine dynamischere und effektivere Tätigkeit aller Kommunisten in führenden Positionen. Diese Appelle fielen jedoch nicht

auf besonders fruchtbaren Boden. Als sich herausstellte, daß zum Beispiel die Produktion für den Export weit hinter den Planzielen lag, wurde in der Chrom- und Ölverarbeitungsindustrie ein Teil der Entlohnung von den Produktionserfolgen abhängig gemacht. Außerdem ließ Alia auf Betriebs- und Gemeindeebene sogenannte „Geldtöpfe“ einrichten, aus denen der Erfindergeist der Arbeiter und ihre Vorschläge zur Rationalisierung in den Unternehmen belohnt werden sollten. Mehrfach warnte er davor, die Zentralisierung auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zu übertreiben und sprach vom Mißmanagement in den Ministerien.

Seine politische Karriere begann erst richtig aufwärts zu gehen, als er ankündigte, Albanien werde die eingefrorenen Beziehungen zunächst zu den Großmächten USA und Sowjetunion wieder aufnehmen und sich an Gesprächen der Balkanstaaten beteiligen. Als sich Alia auch bereit erklärte, Albanien in den KSZE-Prozeß einzugliedern, mußte er sich dessen bewußt sein, daß dies nur dann möglich sein würde, wenn das Land sich an das Helsinki-Abkommen und an die späteren Vereinbarungen der KSZE-Mitgliedstaaten halten und Reformen durchführen würde.

Reformschritte, aber auch Widerstände

Die Reformanstöße kamen ohne Zweifel aus dem kommunistischen System selbst. Man darf aber die jahrzehntelangen Protestschreiben verschiedener ausländischer Menschenrechtsorganisationen an die albanische Führung, die Verhandlungen mit ausländischen Politikern und vor allem auch die demokratischen Umwälzungen in Osteuropa nicht außer acht lassen. Nicht zuletzt spielte auch der gesellschaftliche Druck der albanischen Bürger eine gewichtige Rolle, die durch ihren „Schrei nach Freiheit“ und aufgrund der Massenfluchtwellen vom Sommer 1990 und vom Februar dieses Jahres den kommunistischen Herrschern erhebliches Kopfzerbrechen bereitet und sie schließlich zum Handeln bewegt haben. So waren bereits im Frühjahr 1990 selbstkritische Töne in der Partei zu hören. Der Parteiideologe *Foto Cami* appellierte bei einem Plenum des Zentralkomitees im März zu Offenheit und Durchsicht in den Staats- und Parteigeschäften und ermutigte die Anwesenden, keine Angst vor eigenen Fehlern zu haben. Vor dem Besuch des UNO-Generalsekretärs *Pérez de Cuéllar* im Mai letzten Jahres wurde das Verbot der religiösen Propaganda aufgehoben; man begann, für ausreisewillige Albaner Pässe auszustellen. Die Todesstrafe wurde von 34 auf 11 Straftatbestände reduziert und Republikflucht nicht mehr als Staatsverbrechen, sondern lediglich als Vergehen geahndet.

Der Demokratisierungsprozeß konnte wegen der ihn begleitenden großen Spannungen in der albanischen Gesellschaft allerdings nicht reibungslos, ohne Menschenopfer und in dem vom Volk gewünschten Tempo vorangehen. Vor allem der konservativ-stalinistisch denkende Flügel

der PAA, angeführt von der Witwe des verstorbenen Diktators, *Nexhimia Hoxha*, wehrte sich oft und energisch gegen die Reformen. Letztlich gelang es Staatschef Alia aber, durch Säuberungsprozesse in den Ministerien und in der PAA die Lage zu entschärfen, ohne seine Gegner vollständig entmachten zu können. So mußte er nach dem Sturz des Denkmals von Hoxha in Tirana darauf bestehen, daß einige Demonstranten bestraft wurden, nur um den Dogmatikern der Partei keinen Vorwand zum gewaltsamen Eingreifen zu geben. Um politischen Selbstmord zu vermeiden, sowie aus taktischen Gründen hat er das Schicksal des „Hoxha-Kultes“ einem Volksentscheid nach den Parlamentswahlen überlassen. Sein Zögern bei der Umsetzung von Reformen stieß besonders bei den Wählern seines Wahlbezirks in Tirana auf Kritik: Wie alle Mandate in der Hauptstadt ging auch das seines Wahlkreises an die Opposition.

Neues Leben in den Religionsgemeinschaften

Zu den bereits durchgeführten Reformen gehören die Wiedererrichtung des Justizministeriums, die Aufgabe des Machtmonopols der Kommunisten und die Zulassung anderer politischer Parteien; die Möglichkeit, private Handwerksbetriebe zu eröffnen; die Abschaffung des Verbots der Aufnahme ausländischer Kredite und Gründung von sogenannten Joint-Venture-Geschäften mit ausländischen Partnern. Im Mai 1990 wurde durch die Reform des Strafgesetzes die „religiöse Propaganda“ als Straftatbestand aufgehoben und somit die Grundlage für die *Religionsfreiheit* geschaffen. Ein neues Pressegesetz wurde verabschiedet, das die Gründung unabhängiger oder parteinaher Zeitungen erlaubt. Nicht zuletzt hat die Regierung im März dieses Jahres (fast) alle politischen Gefangenen freigelassen und die Bildung des „Forums für die Verteidigung der Menschenrechte und grundlegender Freiheiten“ gestattet. Noch vor den Wahlen wurde eine Kommission mit der Ausarbeitung einer völlig neuen Verfassung beauftragt. Dem neuen Entwurf liegen nicht mehr die Prinzipien der marxistischen Ideologie, sondern die einer parlamentarischen Demokratie zugrunde. Armee und Polizei sollen entpolitisiert werden. Durch die Namensänderung von der „Volksrepublik“ in die „Republik“ Albanien soll die bisher letzte kommunistisch-stalinistische Hochburg sogar ihren sozialistischen Charakter verlieren.

Bei Ramiz Alia wird es wohl nicht zu einer Umkehr à la „Saulus–Paulus“ kommen, zweifellos ist es aber vor allem sein Verdienst, daß heute sowohl die christlichen Kirchen als auch die islamische Glaubensgemeinschaft eine Renaissance in Albanien erleben. Vielleicht wollte sich Alia durch das Abschaffen des Religionsverbots dafür revanchieren, daß eine größere Anzahl von Gläubigen im Januar 1990 in der Hafenstadt Shkodra zum ersten Mal öffentlich für Freiheit und Demokratie auf die Straße gingen und somit sein Reformprogramm – wenn auch indi-

rekt – unterstützten. Selbst Touristen konnten bereits seit Sommer letzten Jahres feststellen, daß man in mehreren Städten begonnen hat, Gotteshäuser zu renovieren. Kroatische Franziskaner berichteten vor Monaten darüber, die Gläubigen hätten sich unbehindert zum Gebet, zur Bibel- oder Koranlesung in Privathäusern versammeln können. Sogar das kommunistische Parteiorgan „Zeri i popullit“ kam zu dem Ergebnis, religiöse Denk- und Verhaltensweisen würden auch heute noch, besonders von den Alten, weiterhin an die junge Generation weitergegeben.

Das rasch erwachte Interesse der Menschen an der Religion stellt die Glaubensgemeinschaften in Albanien zweifelsohne vor eine Aufgabe, die nicht so einfach zu bewältigen sein wird. Der 65jährige katholische Geistliche *Simon Jubani* aus Shkodra, der seit November zu einer Symbolfigur des religiösen Aufbruchs geworden ist, wurde auch von der Regierung schnell respektiert. Während der Studentendemonstrationen im Dezember bat man ihn, einen Appell zur Beruhigung der Lage über Radio Tirana zu verbreiten. Jubani gab kürzlich bekannt, nach seinen Kenntnissen gebe es außer ihm nur noch 27 Priester, davon 9 Franziskaner und zwei Jesuiten, einen einzigen Bischof, den 76jährigen Apostolischen Administrator von Durrës, *Nikola Troshani*, sowie 42 Ordensfrauen. Etwa 500 Kirchen würden für die katholischen Gemeinden gebraucht, es stünden jedoch nur etwa 100 zur Verfügung, alle in sehr schlechtem Zustand. Kürzlich hat die Friedensnobelpreisträgerin Mutter *Teresa*, die selber Albanerin ist, ihre Armenhäuser in mehreren Orten eröffnen und mit ihren Schwestern, den „Missionarinnen der Nächstenliebe“, in Aktion treten dürfen.

Ende März dieses Jahres besuchte Albanien offiziell und zum ersten Mal eine Delegation aus dem Vatikan, und bereits im November 1990 fand eine Begegnung islamischer Geistlicher aus Pakistan mit der islamischen Obrigkeit Albanien statt. Die Anzahl muslimischer Würdenträger bewegt sich zwischen 10 und 15, und es sind bisher etwa 20 halberfallene Moscheen an die Gläubigen zurückgegeben worden, teilte der 69jährige Vorsitzende des neu entstandenen Rats der albanischen Muslime, *Hafiz Sabri Koci*, neulich in einem Interview mit. Zum Wiederaufbau der Orthodoxen Kirche Albanien ernannte das Ökumenische Patriarchat in Istanbul Ende Januar den griechischen Bischof *Anastasios von Androussa* zum Exarchen. Angesichts des großen Mangels an Priestern ist es nicht ausgeschlossen, daß bald junge katholische Geistliche aus Kosovo zu einem Missionsaufenthalt nach Albanien kommen.

Können die Reformkommunisten überleben?

Die Zukunft Albanien ist durch seine Vergangenheit schwer belastet und der Weg in die Freiheit und volle Demokratie wird nicht einfach sein. Es wird noch eine Weile dauern, bis die Menschen vor allem auf dem Lande, aber auch in den Städten, die ihre Stimme den Kommunisten

gegeben haben, in ihrer politischen Urteilsfähigkeit eine gewisse Reife erlangt haben. Andererseits müssen sich die (Reform-)Kommunisten bewußt machen, daß sie mit dem Wahlsieg auch die Verantwortung auf sich genommen haben, das albanische Volk aus der verheerenden wirtschaftlichen Misere herauszuführen. Es wird sich in den nächsten Monaten zeigen, ob sie ihre Wahlversprechungen besonders im Blick auf die Achtung der Menschenrechte und den Übergang von der sozialistischen Plan-

wirtschaft in die Marktwirtschaft einhalten werden. Anders ist kaum denkbar, daß die „neue“ Regierung bis zu den nächsten Parlamentswahlen überleben kann. Es gibt Beobachter, die das bulgarische oder sogar das rumänische Beispiel für die Zukunft Albaniens voraussehen. Eines sollte man aber nicht vergessen: das Gelingen der Demokratie in Albanien hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Weltgemeinschaft bereit ist, das albanische Volk durch humanitäre Hilfe zu unterstützen. *Jozsef Bata*

An den „Bruchstellen“ philosophischer Diskurse Zu einem Berliner Kolloquium

Mitte Februar fand in Berlin, organisiert vom katholisch-theologischen Seminar der Freien Universität, ein Kolloquium über „Kritische Theorie, Metaphysik und Religion“ statt. Es galt vorwiegend dem Gespräch der Theologie mit der kritischen Theorie über die Bedeutung der Metaphysik und Religion in den Philosophien „nach der Metaphysik“.

Als endgültig „erledigt“ galt lange (und gilt vielfach noch) bei der Tradition der Aufklärung verpflichteten Intellektuellen das Thema Religion, und wie „out“ die Metaphysik, einst als „erste Philosophie“ angesehen, war oder ist, belegt etwa die Tatsache, daß das Anfang der 70er Jahre erschienene sechsbändige „Handbuch philosophischer Grundbegriffe“ nicht einmal dieses Stichwort enthielt. Der Buch-Titel „Nachmetaphysisches Denken“ von *Jürgen Habermas* spiegelt einen weitgehenden Konsens im Selbstverständnis der Moderne wider. Zugleich finden sich in jüngeren Texten von Habermas und anderen Vertretern der „Frankfurter Schule“ Ansätze einer differenzierteren Betrachtung von Religion. Deutlich wird dabei, daß mit der Abschaffung oder „Aufhebung“ von Begriffen deren Sache und die damit zusammenhängenden Fragen noch längst nicht erledigt sind.

Metaphysik noch ein gemeinsamer Bezugspunkt?

Daß sich namhafte Vertreter der Kritischen Theorie zwei Tage lang in Berlin zusammen mit Theologen zu einem Kolloquium über Fragen des Verhältnisses von „Kritischer Theorie, Metaphysik und Religion“ zusammenfanden, ist somit bereits vor allen Gesprächs-Ergebnissen Ausdruck einer veränderten Lage. Ein solches Forum der Verständigung und Selbst-Verständigung von Autoren wie Habermas, *Alfred Schmidt* und *Herbert Schnädelbach*, die von früher vertretenen dezidiert religionskritischen Positionen inzwischen abgerückt sind, bedeutete nicht nur für die anwesenden Theologen eine Herausforderung.

Die von dem am Seminar für Katholische Theologie der Freien Universität Berlin lehrenden Theologen *Matthias Lutz-Bachmann* organisierte Tagung war der Beginn eines ambitionierten Projekts zum Gesamthema „Religion in der Moderne“, das in den nächsten Jahren von Berlin aus fortgeführt werden soll. Bei dem jetzigen Kolloquium standen einerseits das Verhältnis der Kritischen Theorie von Adorno, Horkheimer und Benjamin zu Religion und Metaphysik wie auch das Selbstverständnis der heutigen Vertreter der Kritischen Theorie im Blick auf diese Fragestellung zur Debatte. Andererseits wurde erörtert, wie die zeitgenössische Theologie umgekehrt ihr Verhältnis zu einer „Theorie der Moderne“ und zum Rationalitätsanspruch einer kritisch über ihre Grenzen aufgeklärten Vernunft bestimmen könne. Speziell ging es dabei um die Frage, welche Rolle eine – wie auch immer „kritisch gewendete“ – Metaphysik als ein möglicher gemeinsamer Bezugspunkt für Kritische Theorie und Theologie spielen könne.

Während Schmidt und Schnädelbach wie auch der Bonner Philosoph und Theologe *Ludger Honnefelder* auf der Möglichkeit und Notwendigkeit metaphysischen Denkens insistierten, sah Habermas nur in der „nachmetaphysischen Art der Bezugnahme auf den religiösen Diskurs“ einen Weg, die damit verbundenen Erfahrungen zu reflektieren. Schmidt legte dar, wie sich das Konzept von Metaphysik seit der Aufklärung verändert hat. Er wies nach, daß gerade auch in der dezidierten Metaphysikkritik der älteren Kritischen Theorie manche Motive metaphysischen Denkens lebendig geblieben seien. Dazu zählte er besonders die Rückbezüge auf die jüdisch-christliche Überlieferung, die im Werk Adornos und Horkheimers aufweisbar sind.

Schnädelbach, der in seinem Vortrag systematisch an diese philosophiegeschichtliche Standortbestimmung anknüpfen konnte, hob hervor, metaphysische Fragen seien nach wie vor unabweisbar, wenn auch bestimmte Typen von Antworten heute nicht mehr akzeptabel seien. Eine „kritische Destruktion“ der Metaphysik, so seine These,